



INKLUSIONS-DEMO Tirol

Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen umsetzen – JETZT!

28. September 2022 von 11 bis 13 Uhr

Annasäule in der Maria Theresien Straße, Innsbruck

FORDERUNGEN von Menschen mit Behinderungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)

ergeht an:

die zukünftige Tiroler Landesregierung
und alle im Tiroler Landtag vertretenen Parteien

Vorwort:

Die UN-Behindertenrechtskonvention muss endlich umgesetzt werden!

Menschen mit Behinderungen demonstrieren am 28.09.2022 in ganz Österreich für ihre Rechte und die notwendige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die bereits 2008 von Österreich ratifiziert wurde und in ihrer vollen Umsetzung sowohl auf Bundes- und Landesebene immer noch nicht Realität ist!

Der Auslöser für die vom Österreichischen Behindertenrat (ÖBR) initiierten Protestversammlungen ist die zuletzt massive Kritik von Interessenvertretungen von und für Menschen mit Behinderungen am Nationalen Aktionsplan Behinderung (NAP), der Anfang Juli 2022 im Ministerrat beschlossen wurde.

Viele Maßnahmen sind zu vage formuliert, es fehlen verbindliche, messbare Ziele und vor allem auch ausreichend festgelegte finanzielle Ressourcen.

Bereits vor 14 Jahren hat Österreich die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) unterschrieben und sich damit verpflichtet, diese umzusetzen. Dessen ungeachtet sind Menschen mit Behinderungen noch in vielen Bereichen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen.

Um viele der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen kümmert sich Österreich nicht oder nur unzureichend. Das bedeutet im täglichen Leben oft einen bitteren Kampf um Rechte, die für Menschen ohne Behinderungen selbstverständlich sind. Bei vielen Betroffenen und deren Angehörigen ist die Geduld erschöpft und auch sie selbst sind erschöpft, bis endlich für sie wichtige Verbesserungen umgesetzt werden.

So ist Persönliche Assistenz außerhalb der Arbeitswelt bis heute in jedem Bundesland anders geregelt und gewisse Personengruppen, beispielsweise Menschen mit Lernschwierigkeiten oder psychischen Erkrankungen, sind meist davon ausgeschlossen.

Weiterhin werden zu wenig leistbare barrierefreie (Wohn-)Gebäude errichtet und Online-Anwendungen entwickelt (z.B. Internet-Banking), die Menschen mit Behinderungen aufgrund fehlender Barrierefreiheit nicht nutzen können.

Besonders beschämend und fatal ist es, dass Inklusion in der Schule noch immer nicht flächendeckend umgesetzt ist. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen werden weiterhin getrennt von ihren Alterskolleg:innen in Sonderschulen unterrichtet.

Der Weg aus der Sonderschule führt oftmals direkt in eine „Tagesstruktur“ (Werkstatt), wo Menschen mit Behinderungen für ihre Arbeit keinen Lohn, sondern nur ein Taschengeld bekommen.

Wenn Menschen mit Behinderungen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt finden, sind sie häufiger und länger von Arbeitslosigkeit betroffen, weil die ausreichenden Unterstützungsstrukturen fehlen.

Das ist nur einer der Gründe, warum Menschen mit Behinderungen stärker von Armut betroffen sind als Menschen ohne Behinderungen. Die aktuelle Teuerung stellt viele Menschen mit Behinderungen vor große Probleme, von der Leistbarkeit Persönlicher Assistenz, therapeutischer Leistungen bis hin zur Mobilität.

Auch in Tirol gibt es noch sehr viel zu tun!

Menschen mit Behinderungen, deren Angehörige, Selbstvertreter:innen, Interessenvertretungen und Dienstleister aus der Behindertenarbeit möchten daher gemeinsam im Rahmen der INKLUSIONS-DEMO Tirol auch in Richtung der zukünftigen Tiroler Landesregierung und an alle im Tiroler Landtag vertretenen Parteien ein starkes Zeichen in Richtung Forderung nach mehr Inklusion setzen!

Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige werden dabei für sich selbst sprechen über für sie besonders wichtige Themen und Forderungen. Im Folgenden wollen wir nur einige der zentralsten und wichtigsten Forderungen nennen.

Wichtige Forderungen:

- **Ein inklusives Bildungssystem und die Überführung von Sonderschulen in Regelschulen mit einem Etappenplan**

Mit einer Inklusionsquote von 53,5% liegt Tirol nach Wien österreichweit am vorletzten Platz aller Bundesländer (mit Ausnahme des Bezirks Reutte, in dem seit vielen Jahren mit großem Einsatz die Sonderschule quasi überflüssig gemacht wird).

Die zukünftige Tiroler Landesregierung möge in ihrem Koalitionsabkommen ein klares Bekenntnis zur inklusiven Schule (= Abbau der Sonderschulplätze bzw. eine deutliche Erhöhung der Inklusionsquote in den nächsten Jahren) verankern.

- **Eine bedarfsgerechte Persönliche Assistenz für alle Menschen mit Behinderungen in ganz Österreich einheitlich und für alle Lebensbereiche**

Das Tiroler Modell in Bezug auf Persönliche Assistenz ist im Vergleich mit anderen Bundesländern vergleichsweise relativ gut ausgestaltet. Aber obwohl im Gesetz festgeschrieben ist, dass ein bedarfsgerechtes Stundenbudget zur Verfügung gestellt werden muss, schaut die Realität oft anders aus. Gerade Assistenznehmer:innen, die einen höheren Stundenaufwand benötigen, fühlen sich oft im Stich gelassen.

Die zukünftige Tiroler Landesregierung bzw. alle Parteien im Tiroler Landtag mögen in der kommenden Regierungsperiode für entsprechende budgetäre Mittel sorgen, um bedarfsgerechte Persönliche Assistenz (auch 24h-Assistenz), wie sie im Gesetz vorgesehen ist, zu gewährleisten.

Neben der Persönlichen Assistenz muss auch eine ausreichende Finanzierung von Hilfsmitteln und sonstigen Leistungen (der Kommunikation und Orientierung) gewährleistet werden, die insgesamt die Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit von Menschen mit Behinderungen sicherstellen.

- **Barrierefreie Gebäude, öffentlicher Raum, Verkehrsmittel, Kommunikation und Online-Anwendungen**

Eine barrierefreie Umweltgestaltung ist eine grundlegende Voraussetzung für ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen.

Inklusives Wohnen muss nicht nur durch individuelle Assistenz- und Pflegeleistungen ermöglicht werden, sondern benötigt gerade in Tirol auch mehr leistbaren barrierefreien Wohnraum.

Daneben müssen die Tiroler Landesregierung und Tiroler Gemeinden Etappenpläne entwickeln, um die Barrierefreiheit von öffentlicher Infrastruktur zeitnah weiter auszubauen.

Dafür braucht es ausreichende Fördermittel und die Entwicklung eines Verständnisses von umfassender Barrierefreiheit. Die Expertise von Menschen mit Behinderungen ist dabei einzubeziehen. Für Unternehmen braucht es Anreizsysteme und eine Aufklärungskampagne des Landes bezüglich ihrer Verpflichtungen zur Bereitstellung von barrierefreien Dienstleistungen.

Die Tiroler Bauordnung und die begleitenden technischen Bauvorschriften müssen in Hinblick auf umfassende Barrierefreiheit weiterentwickelt werden. Diesbezügliche Verschlechterungen der letzten Jahre müssen zurückgenommen werden.

- **Umfassende Unterstützungsstrukturen für Eltern bzw. Familien mit Kindern mit Behinderung**

Eltern von Kindern mit Behinderungen tragen auch in Tirol oft die Hauptlast im Bereich der Betreuung und Pflege ihrer Kinder. Das überlastet oft das Familiensystem und gefährdet die existentielle Grundsicherung von Elternteilen, die die Hauptverantwortung der häuslichen Betreuung übernehmen, durch die fehlende Möglichkeit am Erwerbsleben teilzunehmen. Dies gilt insbesondere für Alleinerzieher:innen von Kindern mit Behinderungen.

Sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene müssen ausreichende Unterstützungsstrukturen für Familien mit Kindern mit Behinderungen ausgebaut werden. Dazu gehört vor allem auch eine umfassende Bereitstellung und Finanzierung von mobilen und wohnortnahen Betreuungs-, Assistenz-, Therapie- und Pflegeangeboten.

Die Leistungen müssen für Familien unbürokratisch und niederschwellig zugänglich sein, wobei durch die Ausgestaltung eines Systems von Unterstützungsangeboten und sozialen Absicherungsmöglichkeiten eine Wahlfreiheit bezüglich Berufsausübung/Übernahme von familiärer Betreuungsarbeit möglich sein muss.

Besonders dramatisch zeigt sich in Tirol derzeit die Wartezeit auf ein Wohnangebot für erwachsene Kinder mit Behinderungen und hohen Unterstützungsbedarf. Lange Wartelisten für ein entsprechendes Wohnangebot belasten Familiensysteme derzeit in hohem Maße.

Es braucht daher dringend einen Ausbauplan für zusätzliche, wohnortnahe – bevorzugt inklusive - Wohnangebote mit begleitendem Assistenz- und Pflegeangebot!

- **Existenzsichernde Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen – Lohn statt Taschengeld**

Österreichweit arbeiten ca. 19.000 (nach jüngeren Schätzungen ca. 25.000) Menschen mit Behinderungen in so genannten „Werkstätten“.

Trotz regelmäßiger und zuverlässiger Arbeit bekommen diese Menschen aber kein Gehalt, sondern werden mit einem geringen „Taschengeld“ von 20 bis 140 EUR pro Monat abgespeist. Damit entsteht auch für erwachsene Menschen mit Behinderungen eine lebenslange Unterhaltspflicht ihrer Eltern.

Dieser menschenunwürdige Zustand widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention und gehört endlich abgeschafft!

Die zukünftige Tiroler Landesregierung bzw. alle Parteien im Tiroler Landtag mögen sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen ein faires Gehalt bzw. eine Unfall- und Sozialversicherung erhalten, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht.

- **Teuerung kompensieren und Armut von Menschen mit Behinderungen bekämpfen**

Menschen mit Behinderung sind häufiger von Armut betroffen, öfter ohne Arbeit und in prekären Beschäftigungsverhältnissen – als vulnerable Gruppe sind sie von der aktuellen Teuerung besonders betroffen. Darum muss besonders hier rasch und unbürokratisch geholfen werden.

Einmalzahlungen mögen eine kurzfristige Hilfe sein – langfristig braucht es aber eine effektive Bekämpfung der Armut und eine dauerhafte Kompensation der Teuerung.

Die zukünftige Tiroler Landesregierung bzw. alle Parteien im Tiroler Landtag müssen diese Gruppen bei allen Beschlüssen gegen Armut und Teuerung besonders im Blick haben und entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut von Menschen mit Behinderung setzen!

Wie sollte es weitergehen:

Die genannten zentralen Forderungen sind exemplarisch für ein Bündel weiterer notwendiger Maßnahmen, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und damit umfassender Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Wir fordern daher die zukünftige Tiroler Landesregierung und alle im Tiroler Landtag vertretenen Parteien auf, die in der UN-BRK definierten Zielsetzungen auch als wichtigen Bestandteil ihrer Regierungs- und Parteipolitik wahrzunehmen!

Neben den vorgegebenen Zielsetzungen UN-BRK sehen wir auch folgende Forderungen und Erwartungen noch als wichtig:

- Die Tiroler Landesregierung sollte einen bestmöglichen Einfluss nehmen, dass auch auf Bundebene entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung der UN-

BRK getroffen werden, wodurch mit einer guten Abstimmung von Bundes- und Landes-Aktionsplänen und -Kompetenzen den Zielsetzungen der UN-BRK insgesamt bestmöglich entsprochen werden.

- Selbstvertretungs-Strukturen, Monitoring-Strukturen und unabhängige Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen müssen ausreichend eingebunden und finanziell unterstützt werden, damit eine partizipative Einbringung in Entwicklungsprozesse möglich ist.
- Um Menschen mit Behinderungen in ihrem Informationsbedarf und ihrer selbständigen Entscheidungsfindung zu unterstützen, braucht es den Ausbau von regionalen, unabhängigen und peer-orientierten Beratungsstellen in Tirol.
- Für soziale Dienstleister für Menschen mit Behinderungen braucht es transparente, qualitätsorientierte und kostendeckende Tarifsysteme, die vom Land Tirol ausreichend finanziell gesichert werden. Zur Absicherung benötigt es einen langfristigen Bedarfs- und Entwicklungsplan, der sich ebenfalls an Zielsetzungen der UN-BRK orientiert. Die Wahlfreiheit bezüglich Dienstleistungsangeboten muss für Menschen mit Behinderungen gewährleistet sein.

Es hat aktuell bereits ein positiver partizipativer Prozess zur Entwicklung eines **Tiroler Aktionsplans Behinderung** gestartet, der wichtige Maßnahmen für Tirol bis 2030 festlegen soll, um auch eine bessere Umsetzung der UN-BRK in Tirol zu gewährleisten!

Mit der Inklusions-Demo Tirol soll auch zum Ausdruck gebracht werden, dass es Erwartungen gibt, dass die zukünftige Tiroler Landesregierung diesen begonnen Prozess priorisiert zu einem erfolgreichen Abschluss führt, der klare Maßnahmen mit verbindlichen, messbaren Zielsetzungen und ausreichender finanzieller Ausstattung definiert!

Für diesen gemeinsamen Entwicklungsprozess auf Augenhöhe stehen Selbstvertreter:innen, Interessenvertretungen und Dienstleister:innen weiterhin für eine positive Zusammenarbeit zur Verfügung!

**Im Namen
der Menschen mit Behinderungen in Tirol,
deren Angehörigen und Unterstützer:innen!**

Innsbruck, am 28.09.2022